

IN KÜRZE

Betriebsrat gegründet bei Baufirma August Reiners

Wolgast – Die zur Hegemann-Gruppe gehörende Bauunternehmung August Reiners in Wolgast hat seit gestern eine gewählte Arbeitnehmervertretung. Die Wahlbeteiligung lag bei 100 Prozent. Im Ergebnis entfallen auf die Kandidaten der mehrheitlich von Gewerkschaftern besetzten Liste I drei Plätze im Betriebsrat, auf jene aus der Belegschaftsliste II zwei Plätze. Das neu gewählte Gremium will sich am 2. Mai konstituieren. Die gestrige Prozedur sei „unproblematisch“ verlaufen, hieß es.

Mehr Fördermittel für Bio-Energiedörfer

Schwerin – Das Land stockt seine Finanzhilfen für Dörfer auf, die sich selbst mit Öko-Energie versorgen wollen. Wie der SPD-Landtagsabgeordnete Rudolf Borchert gestern in Schwerin mitteilte, verständigte sich der Energieausschuss auf eine Erhöhung der Mittel für Bio-Energiedörfer um 95 000 auf nunmehr 520 000 Euro. Laut Borchert haben bislang rund 80 Gemeinden im Land Interesse an einer eigenständigen Energieversorgung etwa durch Biomasse, bekundet.

Wirtschaft beschäftigt noch zu wenig Behinderte

Schwerin – Trotz Fortschritten bei der Beschäftigung behinderter Menschen erfüllt Mecklenburg-Vorpommern die gesetzlich vorgeschriebene Quote von fünf Prozent noch nicht. Jüngsten Erhebungen zufolge werden im Nordosten 4,6 Prozent erreicht. Nach Angaben von Arbeitsministerin Manuela Schwesig (SPD) gibt es vor allem in der Wirtschaft Nachholbedarf. So beschäftigten öffentliche Arbeitgeber 6,8 Prozent Behinderte, private hingegen nur 3,7 Prozent.

Piratenpartei schließt Ex-NPD-Mitglied aus

Berlin – Das Bundesverfassungsgericht des Piratenpartei hat einem Ausschluss des Ex-NPD-Mitglieds Matthias Bahner (Foto) aus der Partei zugestimmt. Das Gremium gab gestern der Berufung des Landesvorstands MV gegen ein anderslautendes Urteil des Landesschiedsgerichts statt. Begründet wurde die Entscheidung damit, dass „wessentlich wahrheitswidrige Angaben bei einer Kandidatenbefragung einen erheblichen Verstoß gegen die Grundsätze der Piratenpartei darstellen“. Bahner hatte im September 2011 als einziger „Pirat“ in MV den Einzug in einen Kreistag (Vorpommern-Greifswald) geschafft.

„Trockenübungen“ an Land: Übungsmast für die Marine

Flensburg – Statt auf hoher See „Trockenübungen“ an Land: Auf dem Gelände der Marineschule Mürwik in Flensburg ist gestern ein Übungsmast für die Kadetten aufgestellt worden. Nach der Affäre um tödliche Unfälle und Schikanevorwürfe auf dem Segelschulschiff „Gorch Fock“ war der Plan zur Errichtung eines Übungsmasts an Land eine der Konsequenzen. An dem 28 Meter hohen Mast können Offiziersanwärter bereits an Land den Aufstieg üben und sich an die Höhe gewöhnen.

Tollensesee: Gentest noch ohne Ergebnis

Neubrandenburg – Der Massengentest bei Männern in Neubrandenburg hat nach mehr als der Hälfte der Proben noch nicht auf die Spur des Frauenmörders vom Tollensesee geführt. „Es wurden bisher DNA-Proben von mehr als 5000 Männern genommen, es gab aber noch keinen Durchbruch bei den Ermittlungen“, sagte Oberstaatsanwalt Gerd Zeisler gestern in Neubrandenburg. Insgesamt sind rund 9000 Männer zwischen 50 und 70 Jahren aufgerufen, Speichelproben abzugeben. Seit Januar wurden im Tollensesee und im nahe gelegenen Mühlenteich nach und nach Körperteile einer zerstückelten Frau gefunden.

Die Ermittler prüfen inzwischen einen Zusammenhang mit einem neuen Fall im Münsterland. In den vergangenen Tagen waren in Ostbevern östlich von Münster mehrere Leichenteile aufgetaucht. Die Ermittler dort wissen nach eigenen Angaben bereits, wer die Tote ist, wollen erst DNA-Tests abwarten.

„Wenn zerlegte Leichenteile auftauchen, werden wir hellhörig“, so Zeisler. Vom Erscheinungsbild her könnte es Verbindungen geben. „Es gibt aber noch keine konkreten Anhaltspunkte, dass es wirklich Verbindungen zwischen beiden Fällen gibt, ähnlich wie mit einem weiteren Fall bei Leipzig.“



Das Moderatoren- und Expertenteam von ARD und ZDF (v. l.), vorn: Oliver Kahn, Kathrin Müller-Hohenstein, Sabine Töpferwien, Matthias Opdenhövel; hinten: Mehmet Scholl, Reinhold Beckmann, Gerhard Dellling und Bela Rethy. Foto: action press

Volles EM-Programm von der Insel Usedom

Hamburg – Näher dran, aber nicht teurer: ARD und ZDF versprechen für die EM-Endrunde in Polen und der Ukraine (8. Juni bis 1. Juli) Fußball fast rund um die Uhr. Gestern

wurden in Hamburg die Teams der öffentlich-rechtlichen Sender vorgestellt. Je knapp zehn Millionen Euro wollen sich beide Anstalten das Spektakel in acht Städten kosten las-

sen. Das ZDF sendet vom Fußball-Strand in Heringsdorf auf Usedom. Derzeit wird dort die Bühne aufgebaut. Die ARD legt den Schwerpunkt auf Präsenz in den Stadien.

Faule Tricks bei Gentechnik-Förderung?

Den Aufbau des AgroBiotechnikums in Groß Lüsewitz zahlten offenbar gleich drei Ministerien gleichzeitig.

Von Jörg Köpke

Schwerin – Trickreich und undurchsichtig: Das AgroBiotechnikum in Groß Lüsewitz (Kreis Rostock) gerät weiter ins Zwielficht. Im Fokus steht die millionenschwere Landesförderung für das umstrittene Gentechnikzentrum. Seit 2001 flossen aus drei Landesministerien fast acht Millionen Euro zum Bau der

Anlage an die Gemeinde Sanitz. Unterm Strich förderte das Land so 100 Prozent der Investition.

Das Wirtschaftsministerium reichte unter Ex-Chef Otto Ebnert (SPD) 5,198 Millionen Euro aus. Der Bescheid erfolgte im September 2002. Fördersatz: 90 Prozent. Bemerkenswert: Den vorgeschriebenen Eigenanteil der Gemeinde Sanitz in Höhe von 577 000 Euro soll nach OZ-Informationen das Innenministerium unter seinem damaligen Chef Gottfried Timm (SPD) übernommen haben. Ähnlich sollen beide Ministerien bereits 2001 verfahren sein, als es um die Planungskosten in Höhe

von knapp 27 000 Euro ging. Pikant: Auch das Landwirtschaftsressort zahlte. Minister Till Backhaus (SPD) teilte auf OZ-Anfrage mit, sein Haus habe „den Bau des Gründerzentrums durch die Gemeinde Sanitz mit etwa 2,1 Millionen Euro aus dem Fonds ‚Zukunft für die Jugend in MV‘ des Landes unterstützt“. Fördersatz: 100 Prozent.

Dass sein Ministerium damit dieselbe Einrichtung finanzierte wie das Wirtschaftsministerium, stört Backhaus nicht. „Wir sehen kei-

nen Verstoß gegen geltendes Recht“, erklärte ein Sprecher. Der Verein zur Förderung Innovativer und Nachhaltiger AgroBiotechnologien MV (FINAB), aus dem das AgroBiotechnikum hervorging, strich ab 2004 weitere 502 000 Euro aus dem Hause Ebnert ein. Die Landtagsopposition sieht Klä-

rungsbedarf. „Wenn derartige millionenschwere Projekte tatsächlich komplett aus Steuermitteln finanziert werden und sich dies auch noch aus unterschiedlichen Fördertöpfen in verschiedenen Landesministerien zusammensetzt“, müsse die Landesregierung das aufklären, sagte Grünen-Fraktionschef Jürgen Suhr. Er will wissen, welches öffentliche Interesse eine derartige Förderpraxis begründen soll und welchen Nutzen das Land hat. Laut Michael Roolf, Präsident des Wirtschaftsverbands Handwerk in MV, verstößt das Land gegen EU-Recht, wenn es Fördermittel für denselben Komplex aufteilt. „Es gibt keinen plausiblen Grund, warum das in Groß Lüsewitz gemacht wurde. Es sei denn, die Regierung wollte etwas verschleiern.“

Im Zusammenhang mit dem Bau der Yachthafenresidenz Hohe Düne in Warnemünde ermittelt seit Monaten die Staatsanwaltschaft – aus vergleichbaren Gründen. Joachim Hünecke (FDP), Bürgermeister von Sanitz, sagte, er könne sich an Details nicht mehr erinnern. „Das ist zu lange her.“ Dennoch gehe er davon aus, dass „das, was die Ministerien gemacht haben, im rechtlichen Rahmen korrekt war“. Derweil will die Linke in einer Kleinen Anfrage wissen, in welcher Höhe auch die Hauptmieter des Zentrums, die Firmen Biovativ und BioMath, Landesförderung bekamen. Mitte des Monats hatte bereits der Bund der Steuerzahler Verschwendung von Steuergeldern, fragwürdige Staatshilfe und Intransparenz angeprangert. Zum Schutz genveränderter Pflanzen hatte die Polizei in den vergangenen beiden Jahren stundenlang Hubschrauber über Groß Lüsewitz kreisen lassen (OZ berichtete).

Das Land verstößt in Groß Lüsewitz gegen EU-Recht.“

Michael Roolf, Präsident Wirtschaftsverband Handwerk in MV



AgroBiotechnikum aus der Luft: Den rot gefärbten Teil förderten Wirtschafts- und Innenressort, Gelb bezahlte das Landwirtschaftsministerium. Foto: google earth

Bund der Steuerzahler: „Diese Intransparenz ist gewollt“

Schwerin – Reiner Holznapel, Geschäftsführer des Bundes der Steuerzahler (BsSt), kritisiert vermeintliche Ungereimtheiten bei der Förderung des AgroBiotechnikums.

OZ: Herr Holznapel, drei Landesministerien sollen den Bau des AgroBiotechnikums in Groß Lüsewitz gefördert haben. War alles korrekt?

Reiner Holznapel: Das werden wir prüfen. Beim AgroBiotechnikum kommen viele Probleme zusammen. Zunächst förderten unterschiedliche staatliche Stellen das Projekt, so dass die gesamte Fördersumme verschleiert wurde. Diese Intransparenz ist gewollt, weil so die Steuerzahler nicht gleich wissen, wie viel Geld

sie geben müssen. Weiter beobachten wir, dass aus Anschubfinanzierungen Dauerförderungen werden. Sobald sich der Staat zurückzieht, fällt das Kartenhaus zusammen. Auch deshalb wird uns ständig erzählt, dass das Land etwas für Bildung und Forschung tut.

OZ: Landwirtschaftsminister Till Backhaus (SPD) hält genau deshalb eisern am Konzept von Groß Lüsewitz fest. . .

Holznapel: Vor dem Hintergrund der tatsächlichen Finanzierungsprobleme im Bildungssystem wirken die Aussagen mehr als makab-

ber. Schließlich sehen wir es als sehr fragwürdig an, dass der Steuerzahler großen Firmen wie BASF die Grundlagenforschung bezahlt. Wenn Unternehmen einen Markt für sich erkennen, dann werden sie auch alles tun, um diesen erfolgreich zu bedienen. Der Steuerzahler sollte geschont bleiben.

OZ: Lässt sich die Landesregierung von Großkonzernen wie BASF vorführen?

Holznapel: Das Problem sind nicht die Firmen, sondern die Politiker. Sie mischen mit Steuergeld so richtig mit, finden dann aber nicht rechtzeitig den Absprung. Deshalb werden solche Projekte für die Steuerzahler oft doppelt teuer. Wir werden uns Groß Lüsewitz anschauen. Interview: Jörg Köpke



Reiner Holznapel, Bund der Steuerzahler

Kretschmann-Vorstoß für Fusion der Nordländer stößt in MV auf Kritik

Stuttgart/Schwerin – Die Empfehlung des Stuttgarter Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann (Grüne) an kleine und finanzschwache Bundesländer zu Fusionen ist in Mecklenburg-Vorpommern auf Kritik gestoßen. „Wir brauchen keine Ratschläge aus dem Süden. Der grüne Ministerpräsident von Baden-Württemberg sollte sich zurückhalten“, mahnte gestern der Chef der Schweriner CDU-Landtagsfraktion, Vincent Kokert.

Er reagierte damit auf ein vorab veröffentlichtes Interview von Kretschmann. Darin hatte der Grünen-Politiker das Fusionsmodell Baden-Württemberg empfohlen. „Es wäre eine Überlegung wert, einen Nordstaat aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern zu bilden“, erklärte Kretschmann im „Mannheimer Morgen“ und in der „Heilbronner Stimme“. Das Gleiche gelte für Berlin und Brandenburg, wo die Fusion „nur an einer populistischen

Kampagne der Linkspartei“ gescheitert sei.

Auch die Finanzverteilung zwischen den Bundesländern bleibt Streitthema. Kretschmann kritisierte, dass Bayern über die Hälfte in den Topf des Länderfinanzausgleichs und Berlin die Hälfte bekomme: „Da stimmt doch was nicht.“ Zugleich wies er den Vorwurf zurück, sein Bundesland sei geizig: „Der Länderfinanzausgleich, in den wir einzahlen, seit es ihn gibt, widerlegt den Spruch ‚Mir

gäbet nix!“. Baden-Württemberg wolle nur, dass es etwas mehr vom Finanzausgleich behalten dürfe. Kokert betonte, dass auch Nehmerländer verantwortungsvoll mit



Geld umgehen könnten. „Mecklenburg-Vorpommern hat in den letzten Jahren seine Hausaufgaben gemacht und einen sehr soliden Finanzkurs gefahren. Wir sorgen dafür, dass wir nach dem Auslaufen des Solidarpakts auf eigenen Füßen stehen können. Für uns gibt es keinen Grund für eine Fusion mit anderen Bundesländern“, betonte der CDU-Politiker. Seit 2006 macht das Land keine neuen Schulden. Vincent Kokert warb dafür, die „ohnehin schwierige, aber nach

2019 notwendige Neuausrichtung des Länderfinanzausgleiches nicht durch Forderungen nach Länderfusionen zu belasten. „Wichtig ist es, dass die Länder in einen wirklichen Dialog über eine Neuregelung des Finanzausgleichs nach 2019 einsteigen.“ Dies sei erforderlich. „Niemand wird sich einem besseren Anreizsystem zur Stärkung der eigenen finanziellen Lage verschließen. Dies gilt für Nehmer- wie für Geberländer“, erklärte Kokert.